

Er scheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 $\frac{1}{2}$ Jährlich 1.50 $\frac{1}{2}$
Prämium frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 $\frac{1}{2}$

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 $\frac{1}{2}$ Jährlich 30 $\frac{1}{2}$

Wolfsblatt

Inserionsgebühren
betragt für die Hauptzeile
Bettzeile oder deren Raum
15 $\frac{1}{2}$ für Wohnungs-
Bereins- und Benachrichtigungs-
anzeigen 10 $\frac{1}{2}$
Im reaktionellen Teile
kostet die Zeile 50 $\frac{1}{2}$
Inserate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
vermittags 1/2 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7789

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißfels-Zeit,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Wolfsblatt Halle/Saale. Telephon-Nr. 1047.

Nr. 252 Halle a. S., Freitag den 27. Oktober 1899. 10. Jahrg.

Zur Stadtverordnetenwahl. Aus dem städtischen Haushalt.

Die Straßeneinigung und Reinigung erfordert 700 000 M., wovon nur 438 M. vereinnahmt werden, und zwar vergrößert die Gasanstalt das Mehren vor ihren drei Grundstücken mit 258 M. jährlich und das Fränschke mit der Säuberung an der Südseite ihres Grundstücks (Kindenstraße) mit 200 M. Der letztere Betrag ist sehr niedrig gegriffen. Unter den Ausgaben befinden sich die Gehälter für den Oberbürgermeister mit 1675 M. neben freier Dienstwohnung, für den Bürgermeister Müller mit 1785 M. und die Pension für den früheren Inspektor Werken mit 1830 M. Für die wöchentlich zweimalige Reinigung von 204 386 Quadratmeter Straßenpflaster, das 2 M. je 13 $\frac{1}{2}$ Pf. sind 26 570 M. eingestellt.

Unter den wichtigsten Ausgaben finden sich 1700 M. für Beschaffung und Unterhaltung der Kehrgeräte, 400 M. für Bespannung und Unterhaltung der Straßenreinigung, 5000 M. für die Abfuhr von Schmutz, Eis und Schlutt, 10 800 M. für die Räumung der Düngrer, Mist- und Weidengruben in den städtischen Gebäuden, 7100 M. für den Wasserbedarf beim Sprengen, wobei der Bedarf an 43 200 Kubikmeter Wasser zu je 15 $\frac{1}{2}$ Pf. vorgezogen ist, und 8400 M. für die Stellung von je 12 Weipannen mit Führer auf 100 Tage, das Weipann zu 7 M. gerechnet. Die Beschaffung von Desinfektionsmitteln für die Wochenschlachthäuser erfordert 350 M.

Die städtischen Anlagen erfordern bei 82 546 M. Ausgabe und 8183 M. Einnahme einen Zufluss von 54 363 M. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus 900 M. die von der Hofplatzverwaltung für Unterhaltung des Hofplatzgartens gezahlt werden, aus 677 M. Wacht des Herrn Schöner für die zur Feiern gehörige Wachenkassa (rund 7 Setzer je 96 M.), aus 6560 M. Mietgeld des Hofmeister's Wenzke für die Wachenkassa und aus 45 M. Anrechnungsgeld für fünfzehn Gendarmenstellen an der Feiern. — Unter den Ausgaben befinden sich 10 541 M. für Gehälter und Löhne, wovon dem Garteninspektor Krieke 3000 M. gezahlt werden. Für Beschaffung der Feiern und der städtischen Anlagen sind je 1800 M. eingestellt.

Unter den sachlichen Ausgaben befinden sich 17 000 M. für Unterhaltung der Anlagen, 2000 M. für Neubefestigungen von Anlagen, 2000 M. für Instandhaltung der Anlagen in den Parkanlagen, 5000 M. für die Baumpflanzungen auf den Straßen und Plätzen der Stadt, 8000 M. für Unterhaltung der Stadtkaserne, 1000 M. für Bänke, Baum- und Blumenkörbe, 3000 M. für Unterhaltung und Anschaffung von Hydranten, Turbinen und Einfassungen, 1000 M. für Unterhaltung und Beschaffung der Weizen auf der Weizenfeld, 1500 M. für die Weizen und nochmals 1500 M. für Instandhaltung und Reinigung der Wege auf der Weizen, dem Sandanger und der Weizenstraße für Anstreichen an der Fäule. Zur Beschaffung der guten Erde im Norden und Süden der Stadt sind 1200 M. gefordert worden; für Wasser zum Bewässern der Promenadenanlagen 1500 M. und für Beschaffung der Springbrunnen 4500 M. eingestellt. Der letztere Posten erscheint angelegentlich der wenigen und auch nur selten in Betrieb gesetzten Brunnen ungemein hoch.

Die „Gemeinnützigen Zwecke“ erfordern 39 599 M. Ueber Einnahmen vergrößert dieses Kapitel nicht, so daß der ganze Betrag als Zufluss gefordert werden muß. Als Zufluss zur Verwaltung des Stadtkassens sind 8860 M. ausgeworfen worden und zum Gemeindefonds des Theaters 7600 M. Zu Erneuerungen der Sammlungen im Museumsgebäude sind 2700 M. bewilligt worden; der hiesige Kunstverein erhält 300 M. für die Unterhaltung des Statuettensaal mit 2000 M. ausgeworfen, der Dirigent des Städtischen Orchesters erhält 300 M., der Kunstgewerbeverein 500 M., das Germanische Museum in Nürnberg 50 M., der Archäol.-thür. Altertumsverein 60 M., der Zentralverein für Hebung der deutschen Fuß- und Kanalschifffahrt 50 M. Für „Handelswerke“ sind 80 M. ausgeworfen, als Beitrag zum Verein für Kanalschifffahrt 100 M.; an den Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen werden 12 M. gezahlt, der Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke sind 30 M. gewidmet. Apropos: Bähli der beim 4000 M. Schmutz getrunken Wein und Sekt nicht auch zum Mißbrauch geistiger Getränke? Der hiesigen Frauen- und Jugendvereine werden 800 M. Beihilfe gewährt, dem Verein deutscher Lehrerinnen in England 200 M., dem Hilfsverein deutscher Angehöriger in Prag 30 M., dem Marthahaus 500 M., dem Bezirksverein deutscher Ingenieure für das Patentschriften-Verzeichnis 200 M. (1.), dem Verein für Vorkenntnisse 5 M., dem Verein für Anstaltsarbeit 20 M., dem Verein für das Fortbildungsinstitut 20 M., dem Verein für Volkswohl zu den Unterhaltungsstellen der Arbeit nachweislich 3000 M., dem Aufseher des Freibades 1000 M.,

für Aufstellen und Abbrechen des Bades 3730 M., für Beschaffung der Eisbahnen 700 M., für den Deutschen Hilfsverein Wien 100 M., ebenso wird für den Verein zur Bekämpfung der Schwindsucht, 120 M. für die meteorologische Säule auf der Poststraße, 100 M. für die täglichen Wetterprognosen und 1200 M. für „öffentliche Festlichkeiten, Illuminationen und Ehrengaben“.

Im Kapitel **Gemeinde-Aufgaben** sind unter den Einnahmen verzeichnet 3512 M. für Veranlagung und Erhebung der evangelischen und katholischen Kirchensteuer. Dieser Betrag ist viel zu gering bemessen; die Stadt kommt da bei weitem nicht auf ihre Kosten. Die Prov.-Städte-Feuer-Sozietät zahlt 764 M. für Erhebung der Feuerstättenbeiträge, das sind zwei Prozent der zur Erhebung gelangenden Summe. Die Handwerkskammer zahlt 180 M. für Erhebung der Handelskammerbeiträge. Da die Stadt so billig die Steuererhebung besorgt, wird auch der Sozialdemokratische Verein gut thun, seine Mitgliederbeiträge für ein billiges Besuchsquantum durch die Stadt besorgen zu lassen. An Gehältern für Hundemarken, die an Stelle der verloren gegangenen gekauft werden müssen, sind 70 M. eingestellt.

Weiter sind unter den Einnahmen dieses Kapitels gestellt:

1 449 700 M.	an städt. Einkommensteuer,
596 000	„ „ Grundsteuer,
258 500	„ „ Gewerbesteuer,
21 700	„ „ Betriebssteuer,
148 050	„ „ Brauums- u. Biersteuersteuer,
39 693	„ „ Luftfahrzeugsteuer,
230	„ „ Wandelarbeitersteuer,
25 000	„ „ Hundsteuer.

Die städtische Einkommensteuer ist gegen das Vorjahr um 56 800 M. gestiegen, die Grundsteuer um 25 460 M., die Gewerbesteuer um 3522 M., die Betriebssteuer um 1467 M., die Biersteuer um 9198 M., die Luftfahrzeugsteuer um 19 M. und die Hundsteuer um 600 M.

Unter den Ausgaben dieses Kapitels nehmen die Gehälter mit 85 593.50 M. den breitesten Raum ein. Sekretär Merkel bezieht 4200 M. Gehalt, Rentant Gerlach 3000 M. neben 750 M. für Reiseverläufe; die andern Gehälter der Bureaubeamten und Steuerheber betragen 1250 bis 2500 M. Anherden wird den Steuererhebungen für jede eingehende Luitung 2 Pf. Vergütung gewährt. Für Schreibmaterialien und sonstige Bureaubedürfnisse sind 500 M. eingestellt, für Druckkosten, Buchbinderei und Bilder 6000 M., für Schreibgebühren 4500 M. An Steuer-Mittelverwaltungen für ausgeführtes Bier werden 33 000 M. gezahlt.

(Fortf. folgt.)

Vom Südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Die Engländer müssen jetzt zugeben, daß ihre Lage eine sehr schlimme ist. Sie haben Glencoe, wo sie so „higreich“ waren, räumen müssen, und die Buren rücken immer weiter vor. Die englischen Truppen unter den Generälen Buller und White haben sich zwar vereinigt, sitzen aber bei Robbinston fest, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Buren ihnen den Rückzug nach Pietermaritzburg absperrten.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz haben die Buren den Ort Mafikhan genommen.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 26. Oktober 1899.

Genosse Müller aus Magdeburg ist Mittwochabend aus der Strafanstalt in Gommern entlassen worden. Als der Termin, an dem Genosse Albert Schmidt seine Haft antreten wird, ist der 30. Oktober bestimmt. Die Verurteilung Müllers und Schmidts zu 4 bez. 3 Jahren Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung wird für alle Zeiten ein brennendes Charakteristikum der Rechtspflege am Ausgange des 19. Jahrhunderts bleiben.

Der Reichstagsabgeordnete ist heute vom Grafen Wallerstein als Präsidenten des Reichstags die Tagesordnung für die erste Sitzung nach der Vertagung, die hundertste der laufenden Session, zugegangen. Diese Sitzung findet statt am Dienstag, den 14. November, nachmittags 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Berichte der Petitionskommission und der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abgeordneten v. Kardorff und des Abg. Smalaghs, außerdem die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über Änderungen von Bestimmungen über das Postwesen und die zweite Beratung des Entwurfs einer Fernsprechgebietsordnung.

Die Nachricht über die Niederwerfung einer deutschen Expedition im Innerland von Kamerun beschäftigt sich nicht. In einem Briefe von 19. September wird mitgeteilt, daß die Eingeborenen in den Mitteilungen, betreffend die angebliche Abhüladung einer deutschen Expedition, alles übertrieben haben. Sowohl Leutnant v. Cuneis als Volkmeyer seien am Leben; auch seien alle Faktoreien wieder geöffnet.

Unser Zukunft liegt auf dem Wasser. Die Flottenstärke, die jetzt nach neuen Kriegsschiffen streben, sind die alten noch nicht einmal fertig sind, wollen den Reichstagsantrag vom 1. März, den bei der ersten Vertagung des Reichstages am 6. Dez. 1897 sagte Fürst Bismarck im Reichstag wörtlich: „Nehmen Sie den Gesetzentwurf an, so binden Sie sich

nicht nur bis zu einem gewissen Grade die Hände, Sie binden sie auch den verbündeten Regierungen. Was diese erleben, zeigt Ihnen der Gesetzentwurf in vollkommener Klarheit; die jetzt erholenden Fortbewegungen sind in dem Sinne, daß ihnen gegenüber die Regierungen über die angeblich unerlösten Marinepläne endlich ein Ende finden sollten.

Tags darauf beteuerte der Staatssekretär des Marineamts Zinzich gegenüber dem Bredenen, daß der Reichstag sich für sechs Jahre binden solle:

„Ja, meine Herren, binden Sie denn die verbündeten Regierungen nicht auch? Gibt es eine größere Bindung, als daß man eine Gelezesvorlage für die Flotte, die als organisierte Grundlage beruht, frei vorlegt? Ist es nicht erforderlich, daß wenn man eine andere Flotte schaffen wollte, die veränderten Verhältnisse und die Marineverwaltung zu einem ganz neuen Geleze den Beweis liefern müßten, daß diese Grundlagen für die Flotte falsch sind und eine neue Grundlage erforderlich ist?“

In einer späteren Ansprache hat Herr Zinzich noch deutlicher das Vorhandensein einer Bindung für die Regierung anerkannt. Als bei der zweiten Beratung am 24. März, 1898 der Abg. Richter betont hatte, daß das Geleze keinen Weisungsbefehl bedeute und keine Zusage gegen weitere Flottenpläne biete, da befragte sich der Staatssekretär über das ihm entgegengebrachte Mißtrauen und sagte: „Was gibt es besseres, die Marineverwaltung zu binden, als ein Geleze?“

Michel, aufgepaßt! Wolffs Defensivbureau verbreitete gestern auffällig die Mitteilung, daß Dienstagabend der Staatssekretär des Marineamts und Herr v. Bülow als Staatssekretär des Auswärtigen zum gemeinsamen Vortrag nach Potsdam zum Kaiser befohlen worden seien und daß beide Freitag früh nach Baden-Baden gereist sind, um den dort weilenden Reichszangler Bericht zu erstatten. — Sollte es sich dabei schon um neue Flottenpläne handeln, zu denen man die Zustimmung des Reichszanglers braucht?

Die Justizvorsorge in der bairischen Abgeordneten-Kammer. Bei der Besprechung der sozialdemokratischen, aber auch von Mitgliedern anderer Parteien unterzeichneten Interpellation über die Haltung der bairischen Regierung im Bundesrat gegenüber der Justizvorsorge sagte der bairische Zentrumsführer Schädel u. a.:

Unsere Freunde Pieber und Wähler haben im Reichstag ihren Vorschlag an die ablehnenden Standpunkt festgestellt. Durch diesen Standpunkt keine **Rechtshandlungen** darzu haben wir alle Veranlassung. Die Vorlage ist die größte Bedrohung, die größte Gefährdung für die Koalitionsrechte. Wir bedauern den Stillstand der Sozialpolitik, die Nichtausführung der Februar-Erklärung. Der Vorschlag ist zum Glück nicht gefast worden. Für den Entwurf sind die Großunternehmer, deren Presse gegen alle Arbeiterbewegung kämpft. Die Vorlage ist ganz unnötig. Was für exorbitante Urteile würden bei der Auslegung preussischer und sächsischer Gerichte zu stande kommen! Sozialdemokratische wie katholische, alle Arbeiter stehen zusammen gegen den Entwurf. Geistliche Bewegungen wie die sozialdemokratische mit dem Volksgesetz und dem Stützen auf die Koalition zu bekämpfen, ist vergeblich. Wir wollen keine Koalition, keine Gelezesheitzgebebung. Wir wollen volle Koalitionsfreiheit. Stellen sich dann Mißstände ein, so sind wir zu haben. Alles sehr schön gesagt, aber mag die Meinung von den Sozialisten sein? Der ebenfalls dem Zentrum angehörende Schloßmeister Schirmer schilderte die Unmöglichkeit, die Lage der Arbeiter nach der Justizvorsorge zu verbessern.

Man muß das größte Mißtrauen gegen die preussische und auch die bairische Regierung haben. Er empfiehlt das Zusammengehen katholischer und sozialdemokratischer Gewerkschaften wie in der Schweiz. Die Mehrheit des Bundes und des Parlamentes liegt gegen die Vorlage. Der liberale Redner Casselmann führte vor Abgabe seiner Meinung einen kleinen Vortrag um den Schutz der Arbeitswilligen und den Terrorismus der Sozialdemokraten auf. Doch das ist nationalliberale Eigentümlichkeit. Auch das er erklärte, zu Wasserman zu stehen, soweit keine Reichstagsrede in Betracht komme, daß Wasserman in Potsdam eben und bedeutend über sich geflossen habe, geht in diesen Rahmen. Aber dann sagte Herr Casselmann das:

Die bestehenden Vorurteile genügen, um Arbeitswillige ausbreitend zu schüchtern, unter der Voraussetzung, daß die Staatsorgane liberal rechtzeitig ihre Pflicht thun und die Polizei nicht schlapp vorgeht. Der § 4 (Streikposten), der wichtigste, ist nicht anzunehmen. Die Streikposten sind überaus schön gesagt, aber mag die Meinung von den Sozialdemokraten ein sehr scharfes Klattationsmittel. Als Ausnahmegeheiß hat es alle Arbeiter, auch viele Millionen nicht-sozialdemokratischer Arbeiter vor den Kopf geschlagen. Alle bairischen Parteien halten bei aller Verschiedenheit der Begründung an dem Entwurf für unzulässig und einen Fehler. Dies soll die Regierung dem Bundesrat erklären.

Der Vorbericht bezeichnet dieses Vorkommnis gegen die Justizvorsorge als ein unerfreuliches Stimmungsgeschehen für den bevorstehenden großen Kampf im Reichstag und einen verheißungsvollen Anfang der Herbstkampagne.

Aus dem Westfalen. Nach preussischem Muster arbeitet jetzt auch der neue Minister v. Bismarck in Weimar. Ein „ganz vertraulicher“ Erlaß ist den Bezirksdirektoren zugestellt worden, in welchem die scharfe Bekämpfung der sozialdemokratischen Agitation zur Pflicht gemacht wird. Desgleichen ist in den letzten Tagen vom Vorstehen des Bundes der Landwirte, Stadtkonzipist Weyand, und dem Major a. D. v. Hagen in Weimar ein hektographiertes Schreiben an die Substituten verhandelt worden, in welchem zum Beitritt zum „Bauern-Landwirte-Verein“, dessen Vorsitzender Major Hille in Berlin

ist, aufgefördert wird. Dieser Verein ist paritätisch, nicht aber gegen die Sozialdemokratie. Er habe 1897 alle vierzehn bis 40 000 Mitglieder in 230 Straßen durch 1300 Vertrauensleute verteilt lassen. Die Herren Arbeitergelehrten werden die Früchte der Verbreitung dieser Schriften gleich direkt durch die sich befindende Gewerkschaft ihrer Arbeiter ernten. Wir haben genügend Anlag, um bei diesen Herren für die Beihilfe zu unserer weiteren Agitation zu bedanken.

Sangen und Bungen in schwedischer Zeit — das ist im Grunde die Stimmung aller bürgerlichen Parteien gegenüber der Justizhausvorlage. Haben möchten sie sie schon alle vom Ergreifen Miquel bis zum Ergreifen Stephany; mit dem Sangen wäre es schon richtig, wenn es nur nicht mit dem Bungen hieße, d. h. wenn die Abwägung der Koalitionsfreiheit ohne die Todesfurcht der deutschen Arbeiterklasse zu haben wäre.

Jedoch ist innerhalb dieses allgemeinen Rahmens die besondere Stellung der einzelnen bürgerlichen Parteien zur Justizhausvorlage nicht gleich. In den konserverativen Fraktionen, die bei den Arbeitern überhaupt nichts mehr verlieren, und nur noch von der geschäftlichen Welt eine Gelingenstzue gewinnen haben, hat das Sangen gänzlich die Oberhand gewonnen über das Bungen; sie sind für die Justizhausvorlage saas phrase. Umgekehrt sind die fortschrittlichen Fraktionen so sehr auf das bündige Anhang angewiesen, daß sie hier und da noch in den Waffen haben, als daß man von ihnen einen Verzicht in Sachen der Justizhausvorlage zu befürchten braucht. Man könnte selbst mit einem Schein von Recht behaupten wollen, daß von einem Sangen bei ihnen nicht gesprochen werden könne, wenn sie nicht doch in ihren kapitalistischen Träumen mitunter ihres Herzens Geheimnisse ausplaudern, wie es neulich dem Ergreifen Stephany passierte.

Dagegen findet sich das Sangen und Bungen in schwedischer Zeit mit kläffiger Schärfe ausgedrückt bei den Nationalliberalen und den Ultramontanen. Die Nationalliberalen können bei den Arbeitern auch kaum noch etwas verlieren, aber als großindustrielle Partei haben sie unangenehm mit ihnen zu thun und deshalb gerechte Bedenken, ihre Todesfurcht zu erregen; namentlich aber muß sie die gegenwärtige Lage des Massenkampfes innerhalb der herrschenden Klassen davon absehen, durch die Annahme der Justizhausvorlage der ostelstigen Reaktion auf die Beine zu helfen. Die ultramontane Partei wieder darf es auf einen unheilbaren Bruch mit der Arbeiterklasse überhaupt nicht ankommen lassen, es sei denn, sie wollen ihrer „morgendlichen“ Rolle ein noch frühzeitigeres Ende bereiten, als dieser Wölfe ohnehin bevorzieht.

Hieraus erklärt es sich, daß aus dem Weihen sowohl der nationalliberalen als auch der ultramontanen Partei bald tobendste Kränkungen gegen die Justizhausvorlage erschallen. Höchstens die Bungen wollen sie erheben. Jedoch eben deshalb ist auf die eine wie auf die andere nicht viel zu geben; in ihnen spiegelt sich nur die schwedische Zeit des Sangens und Bungen wieder. Die thätigste Entscheidung liegt bei den Arbeitern selbst. Wissen sie den Nationalliberalen und den Ultramontanen die unangenehmen Folgen klar zu machen, die diese Parteien von der Annahme der Justizhausvorlage haben werden, so wird das Sangen über das Bungen liegen; anderenfalls aber wird es umgekehrt sein.

Nachträge vom Harmlosen-Prozess. Mit dem Spielers-Prozess hat sich auch die Brandenburgische Provinzialsynode befaßt. Viel helfen wird die Resolution der geistlichen Herren nicht. Auf die Presse, die in die Spielersklub gehen, hat die Geistlichkeit jeden Einfluß verloren. In der National-Zeitung finden sich folgende zutreffende Betrachtungen:

Einer der Angeklagten hat die Bemerkung gemacht, da er nicht im Sinne des Gesetzes unrecht gehandelt, so sei er nur seiner Familie und seinen Vorgesetzten Rechenschaft schuldig. Was die Vorgesetzten angeht, so darf man erwarten, daß es mit solcher Rechenschaft sehr ernst genommen wird, zumal sich eine Anzahl Studenten, Rechtskandidaten, Referendare auch unter den Jüngern, d. h. unter den Mitgliedern des Spielersklub, befinden. Es geht aber für Seite wie die Angeklagten noch ein anderes Forum der Verantwortlichkeit, als die Familie und die Vorgesetzten. Die Gesamtheit bringt für die Erziehung der höheren Volksschulen große Opfer für Schulen, Rodetenanstalten, Universitäten; sie hat auch deshalb nicht bloß, weil als Pflichten Bezugsnahme dem Urteil der Öffentlichkeit unterliegen, ein Wort über solche Heftungsstelle junge Leute, wie die Angeklagten, mit zu reden. Sie misbrauchen die Opfer, welche die Gesamtheit für sie bringt und kompromittieren die belagerte gesellschaftliche Ordnung vor den Fremden derselben.

Über die „Harmlosen“ als Welkete schreibt das national-liberale Blatt:

Wenn die Angeklagten sich auf die „Kavalier“ herausspielen, für etwas Besseres genommen sein wollen, als das gewöhnliche oder Wohlstandsspieler, so legt man das zu dem übrigen. Eine peinliche Einbuße oder machte es, daß gelegentlich Staatsanwaltschaft und Verurteilung von „Wohlthun“ in dem Inbegriff als ob es eine peinliche Einbuße in dem Inbegriff, insbesondere ihrer Urteil über Ehrenfragen besondere Bedeutung aufwies. Der Adel ist eine andere Form des Namens, als die bürgerliche, nicht weiter. Es gibt nur einen Unterschied zwischen Ehrenhaftigkeit und Unehrenhaftigkeit, anständigen und unanständigen Lebenswandel. Diese Eigenschaften sind in jeder Beziehung die nämlichen, ob es die Eigenschaften von Menschen mit adligem oder mit bürgerlichem Namen sind. Auch einer rednerischen Wirkung halber sollten Träger bürgerlicher Namen nicht von „Wohlthun“ als einer besonderen Kategorie von Menschen sprechen; ohne es zu bemerken und ohne es zu wollen, legen sie sich dadurch selbst herab. Stimmt!

Ausland.

Amerika. Wenn das nicht zieht! In der Philippinen-Angelegenheit will Herr McKinley es jetzt mit der Geistlichkeit versuchen. Größtenteils, er sagt, päpstlichen Abgesandten auf den Philippinen ernannt worden ist, hat mehrere Konferenzen mit dem Präsidenten gehabt und wird nun nach Manila abreisen mit dem ausgesprochenen Vorzweck, den Herren Philippinos klar zu machen, welche Sünde sie begehen, indem sie sich „der Obrigkeit, die Gewalt über sie hat“, widersetzen. Der hochwürdige Herr wird nicht viel ausrichten. Gegenwärtig wirkt der Anblick eines schwarzen Knoces auf den Philippinos ungeheuer wie der eines roten Luches auf den Sibirier.

Gewerkschaftliches.

Die Angehörigen der Leipziger Elektrischen Straßenbahn haben ihrer Direktion eine Reihe von Forderungen überreicht, die bestimmt sind, unter anderem die Leiter der Bahn im Dienst und bester Beobachtung herbeizuführen. Die Angehörigen stellen in der Nacht zum Dienstag eine sehr stark besetzte Versammlung ab.

Die Direktion der Bivalger Elektrischen Straßenbahn scheint den berechtigten Wünschen ihrer Angehörigen über den Lohn zu wollen, demgemäß hat die Versammlung der Natur-Beschäftigten beschlossen, sich dahin zu verpflichten, daß diese für den Fall eines Ausfalls der Bahndienste zu leisten sollen. Öffentlich bekannt oder die Direktion auf einem abgemessenen Standpunkt und tritt mit der Angehörigen über die eingereichten Forderungen in alsbaldige Verhandlungen ein.

Lokales und Provinziales.

Dalle a. G., 28. Oktober 1899.

Die fortgesetzte und geschickte polizeiliche Überwachung sollte nach Meinung der Raubbürger Oberhaupten möglichst konsequent gegen Fortschrittler Verwendung, so viel behaltendes Material zu beschaffen, daß bei einem erneuten Vorgehen auch bei den mit einer Anklage angegangenen Gerichten sich die Überzeugung von der politischen Natur des Verbrechens herausbilden dürfte.“ So schrieb der liberale Oberpräsident unserer Provinz, Herr v. Bötticher, in dem Geheimerlaß, den wir in der Sonntagsnummer veröffentlichten. Man wollte also erst durch die „geschickte“ Überwachung Material zusammenzutragen, um dem Verband der Fabrikarbeiter das Leben ausblauen zu können. Diese Wölfe des Zusammenstrebens von Besatzungsmaterial haben die hiesigen Kommunalvereine, der Bürgerverein und der Hausbesitzerverein der Polizei und der Staatsanwaltschaft erspart. Die genannten Vereine sind im Sinne des Gesetzes zweifellos politisch feindlich; sie sind eben zweifellos zur Erörterung eines „politischen Gegenstandes“, wie § 8 des Vereinsgesetzes sagt, durch ihre Vorstände zusammengetreten, nämlich zur Vorbereitung der Stadtverordnetenwahl; sie haben weiter dadurch zweifellos den § 8 des Vereinsgesetzes in freventlicher Aufsehung gegen die von Gott eingesezte Behörde verlegt, und sie müssen deshalb zweifellos aufgelöst und bestraft werden. Einer „geschickten“ polizeilichen Überwachung bedarf es also nicht erst. Herr Oberbürgermeister Staude hat vor Jahresfrist die Schließung der hiesigen Filiale des Fabrikarbeiter-Verbandes unterzeichnet; Herr Oberpolizeikommissar Bepdemann wird gewiß nicht ermannen, ihm auch das Dekret zur Unterzeichnung vorzulegen, durch welches die Kommunalen Vereine, der Bürgerverein und der Hausbesitzerverein aufgelöst werden. Hier Rhodus, hier salta.

Die Schmauspartei sind zur Zeit dabei, ihre Kandidaten für die Stadtverordnetenwahl aufzustellen. Als erster Schmauskandidat für die dritte Wahlerklasse ist Dienstag abend in einer Versammlung des Kommunalvereins für den 2. Bez. (Wingbiertheil) Herr Stärfabrikant Lindner aus der Taufe gehoben worden. Von den 24 abgegebenen Stimmen fielen 17 auf ihn und 7 auf Herrn Rechtsanwalt Herzfeld. Auch Herr Werkzeugmeister Kühne, der unregelmäßige Ordnungskandidat für die Reichstagswahl von 1898 gehörte mit zu den Ausgetretenen; er lebte jedoch leider wegen Geschäftslüberbürdung. „Sehr bedauerlich!“ Die zahlreichen Arbeiter des Königswiertels werden es sich zu ganz besonderer Ehre rechnen, für Herrn Lindner, der nicht einmal der dritten Wahlerklasse angehört, sondern infolge seines hohen Einkommens zu den Wählern zweiter Klasse gehört, stimmen zu dürfen.

Hörsner macht Schmaus. Der Führer der 4000 Mark-Schmauspartei und Hauptorganisator bei den Stadtverordnetenwahlen, Herr Hofmeister Hörsner, hat früher als Berichterstatter der Saal-Zeitung und der „Neuen Provinzial-Zeitung“ fertig gebracht über Begebenheiten und besonders Versammlungen zu berichten, ehe dieselben nur vor sich gegangen waren. Die Halle'sche Zeitung und der General-Anzeiger ahmen in dem Magdeburger Wochenscheitungsprozeß dieses unrichtige Vorgehen des Sammlers des bürgerlichen Radebundes nach. Die Halle'sche berichtete in ihrer gestrigen Morgen-Ausgabe, also Mittwoch früh, daß Gen. Müller aus der Straßhaft entlassen sei und abends daß der General-Anzeiger genau dasselbe zu ersehen ist, wurde Müller erst gestern, **Mittwoch abend**, entlassen. Die aktuelle Berichterstattung enthand natürlich dadurch, daß in einer Notiz, die die Kunde durch die gestrige Presse Deutschlands machte, gesagt wurde, Müller wurde vielleicht Montag oder Dienstag aus der Haft entlassen. Dieser „vielleicht“ nähmen nun die beiden angezogenen Zeitungen als Gewißheit. Auf diese Weise berichtet man stets aktuell, wenn es auch nicht wahr ist.

Die große öffentliche Volksversammlung fand am Mittwoch abend im Saale der Saal-Zeitungsbrauerei in Bismarckstr. statt, der vollständig besetzt war. Gen. Gerig eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, daß es seit langer Zeit wieder die erste Versammlung sei, die in diesem Saale stattfand. Hiermit wäre der Beweis erbracht, daß die Einigkeit der Arbeiter wohl im Stande sei, die Saalbesitzer resp. die Brauereien zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Ferner sei dieser Sieg ohne große finanzielle Opfer auf unserer Seite errungen worden, während die Brauerei sehr große Einbußen zu verzeichnen habe. Öffentlichlich wurde das dazu beitragen, daß uns für die Zukunft der Saal nicht mehr verweigert würde. Sodann gab Genosse Gerig noch bekannt, daß an Stelle Luers Genosse Geyer als Referent erschienen sei. Ins Bureau wurden gewählt die Genossen Thiele und Gerig als Vorsitzende und Hübner als Schriftführer. Gen. Geyer sprach hierauf über die politische Lage. Er wies zunächst auf die Erhebungspolitik hin, die sowohl bei den kapitalistischen Republikern wie von den Anarchisten getrieben wurde und den Vätern zu gunsten der Herrschenden ungeheurer Opfer auflegte. Die Väter müßten selbst die Entscheidung über Krieg und Frieden geben; dann würde gegenüber der Friedenspolitik die im Haag ein wichtiger Friederieden eintreten. Die Sozialdemokratie ist die einzige wirkliche Friedenspartei, was sie jetzt auch in Frankreich beweisen habe, indem sie verhindert, daß der Dreijahreshandel von den Feinden der Republik zu schweren europäischen Konflikten ausgenutzt wurde. Die Stelle des Friedensstifters spielt die Sozialdemokratie auch in Ostreich, wo sie die Mächte zum Abwärtsschritt verhindert hat. Nach stehender Regierung unter dem Reichspräsidenten Bülowens und Reichens ging Redner näher auf die deutsche Verfassung ein, wo man die Sozialdemokratie mit allerlei Ausnahmsgesetzen zu beschränken suche. Trotzdem arbeite die Sozialdemokratie mit geeigneten Mitteln, und wenn sie einmal die Mehrheit repräsentieren, müsse nach dem Willen der Mehrheit regiert werden. Deshalb müßten wir zu unserer Stärkung organisieren, kräftig für die Sozialdemokratie agitieren und die Worte Waise beherzigen: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Abschließend Beifall wurde den Ausführungen gezollt.

Nach einer kurzen Pause erhielt Herr Lange aus Berlin das Wort. Derselbe beauftragte zunächst den Wirt des Bismarckplatzes, den Genossen Geyer, die Anarchisten den Saal im Konzeptschilde abzutreiben, wo eine anarchische Versammlung habe stattfinden sollen. Auch das Volksblatt sei in dieser Beziehung nicht ganz unvorsichtig, denn als im Montag die Einberufung der anarchischen Versammlung bekannt geworden sei, wäre das Abkommen mit der Saal-Zeitungsbrauerei getroffen und erst die heutige Versammlung einberufen worden. Redner ging dann auf die Ausführungen des Referenten ein, erklärte sich mit einzelnen Ausführungen desselben einverstanden, bejrricht aber die Nichtigkeit der sozialdemokratischen

Taktik, die auf parlamentarischem Wege etwas zu erreichen laufe.

Genosse Thiele wies nach, daß das Versammlungskolleg bereits Mitte voriger Woche von ihm und dem Vertrauensmann für Mittwoch abend festgemacht worden sei, ehe jemand eine Anklage hätte haben können, daß die Anarchisten am gleichen Tage eine Versammlung abhalten wollten. Auch überschätzte die Anarchisten ihre Bedeutung ungenügend, wenn sie annehmen wollten, um ihnen zu schaden, berief die Sozialdemokratie eine Konkurrenz-Versammlung ein. So lege die Sache doch nachteilig nicht. Des weitern verbreitete sich Thiele über die Straflosigkeit der anarchischen Taktik. Es sei allerdings bequemer, in engen Kreisen Zusammenkünfte, als an der aufrechten, unbedingten und geschwollenen Tagesarbeit mitzuwirken, wie es die Sozialdemokratie thue. Genosse Thiele behauptete, daß in erster Linie immer die Erringung der politischen Macht im Vordergrund gestellt werde, es müsse auch unser Bestreben sein, die wirtschaftliche Macht zu erringen und die Gewerkschaften zu füttern.

Genosse Grotzke verdrängte sich gegenüber den Ausführungen Langes und legte die Ansprache mit dem Wirt des Konzeptschilbes der Versammlung auseinander. Genosse Grotzke bezeugte den Vorwurf der Saal-Zeitung als elende Verleumdung und hält es weiter unter seiner Würde, sich mit den Anarchisten zu befassen. Anarchist Celsus sucht in einzelnen Punkten den Referenten zu widerlegen und behauptet zum Schluß, daß die Versammlung zu keiner auch eintägig arrangiert worden sei. Anarchist Müller behauptet sich darüber, daß sozialdemokratische Wirt den Anarchisten den Saal verweigern. Genosse Weiland weist nochmals die Beschuldigungen der Saal-Zeitung zurück und betont, daß die Differenzen mit der Brauerei am Donnerstag resp. Freitag geschlichtet worden seien. Alsdann erhielt Genosse Geyer das Schlußwort.

Unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung ging er auf die sachlichen Einwände der Anarchisten ein und stellte einzelne unserer Parteiführer von anarchischer Seite in den Mund gelegte Behauptungen richtig.

Sobann wies Genosse Thiele nochmals auf die nunmehr bestehenden Differenzen mit der Saal-Zeitungsbrauerei hin. Die Sozialdemokratie sei durch als Freund und auch eintägig als Feind. Der sehr starke Besuch der heutigen Versammlung beweise, daß nunmehr die Arbeiter den Raubbürger Wirt wieder scheidet. Sei die Arbeiterfrage einzig, so könne ihrer Macht niemand widerstreben. Mit einem dreifachen mit stürmischer Begeisterung aufgenommenen Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

Gegen Herrn Ernst Levy aus Halle, den flottenbegehrten Marineprofessor, der seinen Namen so peu à peu in Ernst von Halle umgewandelt hat, indem er folgende Stufen benutzte:

Ernst Levy aus Halle
Ernst Levy von Halle
Ernst von Halle

war von Verwandten der Familie von Halle Strafanzeige wegen widerrechtlicher Führung des Adelskittels bei der Staatswahl in Berlin eingereicht worden. Nach der Staatsbürgerzeitung hat der Erste Staatsanwalt am Landgericht I den Strafantrag abgelehnt mit der Begründung, daß das Heroldamt amtlich die Auskunft erteilt habe, daß „soweit vorliegend zu verfolgen“, die Familie sei stets von Halle und nicht von Halle genannt habe und daß dem Professor Ernst von Halle die Führung des Familiennamens von Halle beobachtet sei getraut worden ist. Das Heroldamt habe auch ausdrücklich hinzugefügt, daß die Präsidialtion „von“ in diesem Falle keinesfalls ein Adelsprädicat sei, weshalb unbesagte Führung des Adelsprädicats nicht angenommen werden könne. Die Staatsbürgerzeitung hat ausnahmsweise sehr recht, wenn sie meint, es sei schwer verständlich, warum die Präsidialtion „von“ gerade im vorliegenden Falle kein Adelsprädicat ist.

Die Strafreife Kollekte. Bekanntlich wurde am Sonnabend der Vorstand des Gewerkschaftsrates und ein Bauarbeiter wegen Veranstaltung einer nicht genehmigten Kollekte zu Geldstrafen verurteilt, weil sie auf eine Liste gefammet, „wenn durch den Stempel des Gewerkschaftsrates das Sammeln begünstigt haben. Derartige Kollekten werden auch öfters von Angehörigen der sog. besseren Gesellschaften veranstaltet. Allerdings sammelt man nicht für die Arbeiter, sondern für irgend einen anderen Zweck. Aber man hat noch nicht gehört, daß eine solche Kollekte, besonders wenn sie patriotischen oder frommen Zwecken dient, dem Verne der frommen Gerechtigkeit verfallen würde. Mag sein, daß die Genehmigung dazu stets bewilligt erteilt war, oder auch, daß man auf derartige Kollekten kein so nachdrückliches Auge hatte, wie auf Sammlungen der Arbeiter für ihre Kameraden“ so Klagengeheßen. Wie leicht sich indessen die sog. besseren Kreise die Genehmigung zu einer Kollekte verschaffen können, dafür erbringt die Magdeburger Volksstimme einen recht greifbaren Beweis: Der Oberpräsident von Provinz Sachsen, Erzlegungs Staatsminister a. D. Dr. von Bötticher und der errie. Vorliegende des Direktors der Magdeburgerischen Bibelegenschaft, Erzlegungs Staatsminister a. D. Dr. von Bötticher sind ein und dieselbe Person. Die Bibelegenschaft veranfaßt fast regelmäßig in jedem Jahre eine Kollekte, damit sie in der Lage ist, ihren Zweck, „Widern unter dem Selbstkostenpreise, und in Fällen erwiehener Verarmt ohne jede Entschädigung, abzulassen“, erfüllen zu können. Diese Kollekte bedarf der Genehmigung des Oberpräsidenten. Anzusehen ist der erste Vorsitzende des Direktors der Magdeburgerischen Bibelegenschaft Erzlegungs von Bötticher an den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen Erzlegungs von Bötticher ein Gleichnis von Genehmigung der Kollekte gerichtet. Der Oberpräsident, der die ungentliche Abgabe der Bibelegenschaft in Bedrängnis getreu dem Grundzweck: „Unserem Volke muß die Religion erhalten werden“ für ein dringendes Bedürfnis hält, dem sonst wäre er ja nicht Mitglied der Bibelegenschaft, erteilt dem 1. Vorsitzenden des Direktors der Bibelegenschaft die Genehmigung zur Kollekte, und dieser macht dann in einer „Bitte der Magdeburgerischen Bibelegenschaft“ folgendes bekannt: „Der fönlial Oberpräsident der Provinz Sachsen hat uns auch für dieses Jahre die Ermächtigung zur Einberufung von freiwilligen Beiträgen für die Zwecke der Bibelegenschaft erteilt.“ Unterzeichnet ist die „Bitte“: Die Direktion der Bibelegenschaft, v. Bötticher. Zum Ueberflus befindet sich diese rein private „Bitte“ noch im „Amtlichen Teil“ des Magdeburger Amtsblattes, trotzdem sie mit der amtlichen Tätigkeit des Herrn v. Bötticher nicht das geringste zu thun hat. Die organisierten Arbeiter können die Magdeburgerische Bibelegenschaft, der die Genehmigung ihrer Kollekte so bequem gemacht ist, beneiden, was doch auch etwas wezt ist.

Der Wirt der Binselsfabrikanten hat die Presse seiner Produkte um 25-30 Proz. gehiebert.

Die Dingensandens Aufnahme zur Einkommenssteuer-Vermahlung wird morgen, Freitag, statt. Den Kaufsiegeln und Hausverwaltern sind in diesen Tagen bereits die Formu-

Ein edler Herr der Kirche.

Der General-Superintendent Holzheuer ist vor kurzem zu Magdeburg als „neuer geistlicher Oberhirt“ in sein Amt eingeführt worden. Wir widmen ihm folgende Beschreibung:

In unserer Nummer 191 wiesen wir nach, welche Wandlungen ein fähiger Gelehrter der Kultur von Bodenschmied durchgemacht haben muß. Dieser fähige Gelehrte, von Gott uns gesandte Mann, dessen überaus glückliche Leistungen und Erfolge höheren Ortes haumende Bewunderung erzwangen. Dieser reure Gottesmann sagte: „Mir vergehet über unserer glücklichen Lage nur zu oft unsere darbenenden Brüder und Schwestern lange nicht laut genug für sie, weder zu Gott noch zu Menschen.“ Als aber der so mensichlich fühlende Diener am Worte die allerbeste Gelegenheit hatte, für die Mißstände und Beladenen vor einem sehr mächtigen Menschen, nämlich vor Wilhelm II. zu „schreien“, da redete in die Hofkapelle der Pastor von Bodenschmied so — ja, daß er faszinierend die Justizhausvorlage aus der Laute hob. Angenommen, ein Diener am Worte „schrie“ heute zu Menschen wie folgt:

„Es ist jetzt die Zeit gekommen, wo die Extremen, d. i. diejenigen, die ganz feil wollen, was sie sind, aufeinander treffen können. Ja, wir brauchen Männer, extreme Männer, die ihre Seele einengen und ihr Leben wagen in Kämpfe um die Rettung des Volkes... Auch der Staat kann dafür (für die gegenwärtigen Weltläufe der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung) nicht mehr eintreten, ohne daß er zugleich eine andere Wirtschaftsordnung energig Bahn macht. Nur wenn es zu einer großen sozialen Reformation kommt, wird es nicht zu einer großen sozialen Revolution kommen... Was macht das Leben aller Stände und Glieder des Gemeinwesens so unruhig und so schmerzhaft? Es ist die Herrschaft einer Welle, welcher es ergeht, sich umgeben zu sehen auf blutfauligem Wege... Sie hat das Parlament herbeigeholt und läßt es auf feinen grünen Rasen kommen. Sie hat ihre Fuß daran, wie der Sand der Wüste vorzubringen und möglichst viele noch einermagenden gescheiterten Kräfte der unterirdischen Masse einzuzerlegen. Sie spielt mit dem Ertrag der Felder des Landmanns und mit den Nahrungsmitteln der ganzen Nation in ausgeprägtester gewinnfühiger Absicht... Das Vaterland kann dabei zu Grunde gehen. Sie wird trotzdem nicht heimatlos, denn sie ist international. Wie heißt diese Macht? Der biblische Name für sie heißt Mammon. Diese Macht wird durch und durchschlagenden Maßregeln zu brechen und die Kräfte abzugeben, durch welche der Lebensnotstand in die Hände der Vorsehung fällt, um gesunden zu werden, die Luft verpesteten Stumpfe zu werden, das heißt, der sozialen Frage ihren Stachel nehmen. Fröst man die Sache nicht in diesem großen Zusammenhang, so wird das Vieh, was für die Arbeiterversicherung und den Arbeiterchutz geschieht, zum Tropfen auf dem heißen Stein... Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon, damit kann sich auch das Staatsleben durchbringen.“

„Superintendent Holzheuer in einer Veranlassung zu Berlin! Wie ist es möglich, daß ein so extrem bedürftiger edler Herr der Kirche in den Tagen des Justizhausgesetzes General-Superintendenten wird, heute, wo Verurteilungen der oben wiedergegebenen Art als „Gott und Brandreden“ verdammt werden und jedem Standpunkt das Amt sehr schwer werden? Hier scheint uns beschränkter Zerkleinerer nur eine Erklärung möglich: Der „neue geistliche Oberhirt“ ist nicht allein ein guter Staats-theologe, sondern auch ein gewiegter Diplomat von den Qualitäten des früher auch „extremen“ Herrn Johannes v. Miquel. Durch Wiebgerade eines Teiles seiner „extremen“ Rede von 1891 wollen wir dem Herrn General-Superintendenten Gelegenheit bieten, seine diplomatischen Talente einmal vor allem Volke leuchten zu lassen. Möge er das also thun und unseren beschränkten Unterthanenverband darüber aufklären, wie ein königlich preussischer General-Superintendent sich heute zu der sozialen Frage des Superintendenten von 1891 stellt. Die Norddeutsche Allgemeine bezieht sich auf unser sehr fleißigste Wochenschrift das Wort „geistlich“, welches uns sehr aufgeschlossen finden im Prediger Salomo, wo es in 7. Kapitel im 17. Verse also lautet:

„Ei nicht allzu gerecht und nicht allzu weise, daß du dich nicht verderbest.“

Was uns anbelangt, so glauben wir, daß die Norddeutsche Allgemeine über die Anforderungen, die im Staatsinteresse an einen königlich preussischen General-Superintendenten gestellt werden müssen, ziemlich genau unterrichtet ist.

Tagessgeschichte.

Halle a. S., 26. Oktober.

Der Aufruf der badischen Sozialdemokratie zu den Landtagswahlen ist erschienen. Er stellt an die Spitze die Parole: Niederwerfung des nationalliberalen Vorterritoriums; darum hat die Partei beschlossen, nur in denjenigen Wahlkreisen, in denen die Sozialdemokratie selbst Aussicht hat, das Mandat zu erobern, einige Parteikandidaturen aufzustellen, in allen übrigen allen Bäumen aber mit aller Energie diejenigen Parteien zu unterstützen, welche gleich ihr die Vernichtung der Nationalliberalen auf ihre Fahne geschrieben haben. Sie fordert deshalb ihre Anhänger auf, die Kräfte der Opposition nicht durch Aufstellung von Sonderkandidaturen zu zerplittern, sondern Mann für Mann für die bürgerliche Opposition einzutreten.

Der Aufruf enthält folgende Forderungen: Direkte Landtagswahlen ohne Kautelen (Vorbehalte); Abschaffung der ersten Kammer; Ministerverantwortlichkeit für die Stellung der badischen Regierung im Bundesrat; das Recht der freien Meinungsäußerung für jede Partei- und Religions-gesellschaft; Selbstverwaltung in den Gemeinden; direktes Wahlrecht zum Gemeinderat und Bürgermeisterrat; Abänderung der Städteordnung; Hebung des Volksunterrichts; Einführung einer einzigen stufenweise steigenden Einkommens- und Vermögenssteuer (Aufhebung aller indirekten Steuern in Staat und Gemeinde, sowie des Fleisch- und Vielegeschäftssteuern, vollständiger Schuldenabzug bei Einführung zur Grund- und Haussteuer); Verbilligung und Vereinigung der Eisenbahnschafferei; Ausbau der staatlichen Arbeiterfürsorge.

Ausland.

Frankreich. Millerand und die Bourgeoisie. Die Ansprachen, die der sozialistische Handelsminister Frankreichs

am Sonntag vor acht Tagen in Lille gehalten hat, haben die französischen Bourgeois in einige Aufregung gebracht. Die guten Leute hatten geglaubt, ein Sozialist werde es machen wie ihn selbst, wenn er zu Amt und Würden gekommen sei, seine alte Gesinnung wie einen überflüssig gewordenen Ballast über Bord werfen. Mit Entsetzen und Mergern mußten sie nun erkennen, daß Millerand aus anderen Golze sich nicht als die bürgerlichen Politiker, bei denen die Parteizugehörigkeit nur die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Koterie von Intriganten und Strebern bedeutet. Die Pariser Korruptions-dresse beschuldigt darum den Handelsminister, daß er die „Einigkeit der Republik“ föhre. Die Bourgeoisie meint, Millerand habe die Verpflichtung gehabt, den Sozialismus im Ministerium durch zu repräsentieren, „den Sozialismus jene, ihn ernstlich zu fördern. Da der Zeit von Genozat ausgeht hat, welchen Einfluß Millerand auf seine Kollegen ausübt, ist die verächtliche Begeisterung der kapitalistischen Liberalen überhaupt pflöglich abgeklungen. Diefelben Leute, die im Dreyfus-Skandal dem energischen Vorgehen unseres Genossen Jaures nicht genug Lob zu spenden wußten, berichn ihm nicht mit gehörigen Lieberbietungen über die Demonstrations-Akte, die die Nationalisten mit Hilfe von ein paar hundert Arbeiterinnen aus Carmaux, die der Industriellen Millionäre zu diesen entwürdigenden Dienst gezwungen hat, gegen unsere Genossen verübt haben. Das diese gemachte Kundgebung, die in Lille allgemeine Empörung erregte, einen entschiedenen antirepublikanischen, der klerikalen und aristokratischen Charakter trug, sofort die braven „Republikaner“ vor warnt.

Natürlich haben die Weisen der Bourgeoisie auch herausgefunden, daß Millerands Auftreten „französisch schaden“ werde. Das älteste manchesterliche Gewäch wird von neuem vorgebracht. Die offizielle Begründung des Sozialismus, die die Privatinitiative in der Volkswirtschaft lähme, wird durch die das Interesse und der Ruf Frankreichs im Ausland gefährdet werden. Das eine ist so unsonstig wie das andere. Die Festigung der gewerkschaftlichen Organisation und die Intervention der Regierung in Streitfällen zwischen Unternehmern und Arbeitern verringern im Gegenteil die Gefahr großer sozialer Konflikte, und das Ansehen jedes Reiches im Ausland hängt ausschließlich von der Sicherheit seiner inneren Zustände ab.

Soziales.

Ein allgemeiner bairischer Frauentag tagt vor kurzen in München. Derselbe beschäftigt sich auch mit der Lage der Galt- und Schonwirtschafsgewerbe. Von dem Referenten Dr. Brendel wurde folgende Resolution verlesen: Die Lage der weiblichen Angehörigen im Galtwirtschafsgewerbe hat derzeitig eine Entwicklung erfahren, welche eine Reihe von Schäden und Missethänden für die Beteiligten in sozialer, gesundheitlicher, moralischer und wirtschaftlicher Hinsicht hervorbringt, wodurch auch weite Volksteile mit betroffen werden. Die Anbahnung einer Besserung dieser Zustände ist eine Pflichtenstellung, welcher sich die Gesellschaft nicht länger entziehen darf. Der allgemeine bairische Frauentag beauftragt die Durchführung folgender Maßregeln:

1. Im Galt- und Schonwirtschafsgewerbe soll die tägliche Arbeitszeit 12 Stunden nicht übersteigen; in bestimmten seltenen Ausnahmefällen hat immer für die verbleibende Arbeitszeit eine verlängerte Ruhezeit sich anzuschließen.
2. Den Arbeiterinnen ist eine tägliche ununterbrochene Ruhezeit (Ruhedauerzeit) von mindestens 8 Stunden zu gewähren, Frauen zwischen 18 und 20 Jahren, sowie mütterlichen Arbeiterinnen zwischen 15 und 20 Jahren eine solche von mindestens 10 Stunden.
3. Mütterliche Personen unter 15 Jahren und weibliche Personen unter 18 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden.
4. An Sonntagen beginnt die Arbeit nicht vor 11 Uhr vormittags oder hört für die am Morgen doch Beschäftigten um 11 Uhr vormittags auf.
5. Anstatt des entgangenen Sonntagsruheabganges ist für jeden Arbeiter ein bestimmter voller Ruhetag in der Woche festzusetzen.
6. Der Arbeitgeber hat für geeignete gesunde Schlafräume zu sorgen. Die Mindestanforderungen an Luftraum, Lichtzutritt u. s. w. sind gesetzlich festzusetzen.
7. Es ist den Arbeiterinnen Gelegenheit zu geben, sich in dienstfreien Augenblicken zu legen.
8. Inspektoren, in Großstädten auch Inspektorinnen, haben die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen zu überwachen.
9. Die gemeindlichen Arbeitsnachweise und die Verbindungen unter ihnen sind kräftig zu fördern.
10. Die Bildung von Kleinrentner-Vereinigungen zur Wahrnehmung ihrer Berufsinteressen ist zu fördern.

Gewerkschaftliches.

Zarizausch und Sezmashine. Am 17. und 18. d. M. tagte in Berlin eine vom Zarizausch der deutschen Buchdrucker einberufene Kommission, bestehend aus acht Brinzipalen und acht Gehilfen, um die für den Betrieb der Sezmashinen notwendig gewordenen Ergänzung zum deutschen Buchdrucker tarif, insoweit namentlich Arbeitszeit und Lohn in Betracht kommen, vorzunehmen. Die Kommission war in der Mehrzahl gebildet aus Fachleuten für die Sezmashine. Es kam bei diesen Verhandlungen zu einer Verständigung zwischen Brinzipalen und Gehilfen, und wurde die Arbeitszeit auf der Sezmashine für den Tag auf 12 Stunden, wovon aber nur 8 Stunden Erzeugt, festgesetzt. Der Gewichtslohn für an der Sezmashine lernende Gehilfen wurde auf das ursprüngliche Minimum, die Lehrgelt auf 3 bzw. 6 Monate normiert. Für angelernte Maschinenführer wurde das Minimum um 25 bzw. 30 Proz. erhöht. Der Landtagspreis wurde festgesetzt bei der Minutepre auf 12 Pf., beim Epigraph auf 14, bei der Monoline auf 12 Pf. Der vereinbarte Sezmashinentarif soll am 1. Januar 1900 in Kraft treten.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 26. Oktober 1899.

Der Winter naht. Wohl hat vor kaum einem Monat erst der Herbst seinen Einzug gehalten, aber die „rauhe Wirt-

tschaft“ läßt seinen Zweifel darüber aufkommen, daß der Winter nicht mehr fern ist. Häufige Winterfälle empfangt jetzt die Frauhausheide, die zur Arbeit eilen müssen. Gar manchen, der noch in seinem dünnen Wägen herumlaufen muß, bringt dieser frühe Eintritt der kalten Tage bange Sorgen, da er nicht weiß, woher er das Geld für die notwendig werdenden Wintererwärme einnimmt. Es ist sehr leicht, den Armen den guten Rat zu erteilen, er soll sich nicht ungeschützt der rauhen Luft aussetzen, damit er vor Erkältung bewahrt bleibe. Solch wohlwollende Ratgeber kommen uns vor wie der Polizeiarzt in dem Heineke'schen Gedicht, der an den Leiden zweier Verhungerter und Erfrorener weise Mahnungen erteilt, sagt er ihnen:

„Zeit heißt notwendig Bedenken, Durch wollene Decken; auch empfehl' Er gute, gesunde Nahrung.“

Das ist es, was dem Arbeiter fehlt. Wäre er in der Lage, mit seinen Bedenken alles was zu seiner und seiner Familie Lebenserhaltung und Wohlfahrt gehört, betreiben zu können, dann würde ihm die schwersten Sorgen erspart. So aber muß er sorgen und darben und dabei will es noch nicht lang sein. Alles wird teuer, dabei werden die Wägen geordnet und die Arbeits-gelagenheit nicht weniger. Immer größer werden die Kosten der Karren, Löhne und der Arbeiter, der heute noch Beschäftigung hat, kann morgen schon arbeitslos auf dem Wägen liegen. Und wenn er die günstigen Konjunkturzeiten ausnützen und sich bessere Ernährungsbedingungen erlangen will — dann droht man ihm mit dem Justizhaus. Ja ja, der Winter naht, wie in der Natur, so in der wirtschaftlichen Welt. Der Winter naht, wie in der Natur auch noch dem freigelegten Winter der Frühling kommt, so wird auch die deutsche Arbeiterwelt aus dem ihr drohenden Kampfe mit der Reaktion als Sieger hervorgehen, trotz Justizhaus und alledem. Der Winter naht. Die Herbstwinde rütteln die gelben, verwelteten Blätter von den Bäumen, der letzte Rest von der goldenen Pracht des Sommers schwindet. Möge der Winter für die Proletarier nicht allzu hart werden, damit sie neben Not und Grel auch noch die Wärme ertragen können.

Verteilung kleiner Geldbeträge mit der Post. Von einem großen Teil des Subsidiums wird leider noch immer an der alten Gewohnheit, kleine Geldbeträge in freiermarer und defektari mittels gewöhnlicher Briefe zu versenden, mit großer Hartnäckigkeit festgehalten. Bekanntlich hat die Volkverwaltung nach den maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen für den Verlust gewöhnlicher Briefe keine Haftung zu leisten. Gest um ein wenig ein Brief mit verhältnismäßig geringem Wert (es werden täglich von der Reichspost etwa 4 Millionen Briefe befördert), so ist der Kammer groß. Es sei wiederholt in Erinnerung gebracht, daß Postanweisungen bis zum Betrage von 5 Mark nur 10 Pf., also nicht mehr, als ein einfacher Brief kosten, und die Postanstalten in jedem Fall empfindlich auf kleine Geldbeträge nicht in gewöhnlichen Briefen, sondern mittels Postanweisung zu versenden. Der Absicht der Postanweisung bietet auch noch Raum zu schriftlichen Mitteilungen in möglichem Umfang.

1. Zeit. Eine öffentliche Schieds-Vermählung wird nächsten Sonntag in Zeitzinger Hof stattfinden. Da sich unter den 15-1600 Metallarbeitern am Orte mindestens 600 Schieds befinden, die Zahl der organisierten aber eine geringe ist, hatte das Kartell auf Verreiben der Schieds vor einiger Zeit eine Vermählung einberufen. In dieser Vermählung wurde vom Kartell eine Anzahl von Schieds ernannt, eine Sektion des Metallarbeiter-Verbandes zu gründen. Es wurde beschlossen, dieses der nächsten Vermählung des Verbandes vorzulegen. In dieser nun wurde es abgelehnt, die Gründung einer Sektion vorzunehmen, weil dadurch der Kartellgehalt gefährdet würde. Hier befinden sich die Schieds, die sich zur Vermählung anstellen, sind nur den durchschlichen Verhältnissen Rechnung getragen. Um nun zu verhindern, eine größere Zahl der Schieds zu organisieren, soll die oben erwähnte Vermählung stattfinden. Wichtig ist es, daß einmal mit mehr Nachdruck gearbeitet wird, es gibt mehrere Fabriken, in die nur zu pünktlich, daß die Kollegen jetzt fleißig agitieren, damit die Vermählung gut befaßt wird.

2. Teufeln. Am vergangenen Sonntag fand eine nur mäßig besuchte Volksernählung statt. Der Genosse Paul Zahn aus Berlin hielt einen circa 2 stündigen Vortrag über: „Die politische Arbeit und die politischen Klassen“. Der letzte Vortrag fand allseitigen Beifall bei den Anwesenden und war nur zu bedauern, daß die Vermählung nicht besser besucht war. Eine Resolution fand einstimmige Annahme, in welcher sich die Vermählung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte. Zweiter Punkt der Tagesordnung war: „Wahlprüfung der Kandidaten zur Stadterverordneten- und Gemeinderatswahl“. Mehrere Redner sprach sich mißbilligend gegen das Verhalten der bisherigen Stadterverordneten in verschiedenen Sachen aus und waren der Ansicht, daß bei der am 15. Novbr. stattfindenden Stadterverordnetenwahl nur solche Männer gewählt werden sollten, welche ein festes Verlangen nach Verbesserung der Magistratsvorlage ein entscheidendes Heim entgegenstellen. Solche Männer wären doch jetzt wohl leicht zu finden, indem fast jeder Arbeiter Bürger sei und 9 Mark Bürgerrechtsgeld habe bezahlen müssen. Es wäre nun auch Pflicht eines jeden, der wohlberathigt sei, zur Wahl zu gehen und seine Stimme nur den von ihm aufgestellten Kandidaten zu geben. Die dritte Mitteilung kamte dann nur von Sozialdemokraten betreten. Die Zahl der Wählerklasse beträgt 648. Davon entfallen auf die erste Wählerklasse 15, auf die zweite 71 und auf die dritte 562. Da bei den Reichstagswahlen die bürgerliche Wählerklasse zu 10 sozialdemokratisch wählte, so müßten die 602 Wähler der dritten Klasse zur Stadterverordnetenwahl sozialdemokratisch wählen, was bis jetzt aber nicht geschehen ist. Von der Aufstellung der Kandidaten wurde Abstand genommen, selbiges soll in einer Wählerverammlung der dritten Wählerklasse in der Nähe stattfinden. Gehehen. Betr. die Wahlprüfung der Kandidaten zur Stadterverordneten- und Gemeinderatswahl, welche am 14. d. M. in Zeitzinger Hof stattfand, wurde es den 12 angemeldeten Wählern überlassen, wen sie als Wähler wählen wollten. Am 12 Uhr wurde die gut verlaufene Vermählung geschlossen.

3. Beinhalt. Arbeiterverhältnisse im Königreich Preußen. Am 14. d. M. tagte in Zeitzinger Hof ein großer Tagung zu einem 58-jährigen Streikdarbeiter, der Arbeiter man sollte, die nicht leisten konnte. Ja, wozu geht dieser 58-jährige Mann nun? Wo er hinfommt, heißt es: Sie sind für uns zu alt; was sollen wir mit Ihnen anfangen? Was sollen wir Ihnen für Lohn geben, bei Ihrem Alter? Da mag der arme Arbeiter bis Vollenfuchtsheim laufen mit seinem gekrümmten Rücken und dem Bewußtsein, daß er sich aufgeopfert hat für den allgegenwärtigen Industriekapitalismus, jetzt, wo er um Brot im Alter kammert. Da werden ihm die jetzigen, aber das Wort am Ende am Ende gefahren haben: „Du, lieber Mann, halt ja deinen Kopf nicht zu hoch über die Arbeit, was willst du noch von uns? Und nun ert dieser Mann von einer Arbeitstelle zur anderen mit dem gleichen Vorlog: er wird allernächst abgewiesen. Einander glaubt nicht, daß die Wagnahme in Bezug auf das Beinhalt des Beinhalt, welcher aus der Zeit-Beinhalt der Grund nach hier bereit ist, zu legen ist, da müßte betreffender Herr doch zu dieheltig gebildet und veranlagt sein, denn er will ja, was hier auf der Erde „Sophie“ ein Häuer und zwei Wagen-

